

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die achtgrößte Anzeigenliste oder deren Raum ...

Freie Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die deutsche Antwort an Frankreich

Auf die Aufzeichnung, die der französische Botschafter in Berlin am 16. Juli bei seiner Demarche wegen Oberschlesien ...

Die deutsche Regierung ist durch den Schritt des französischen Botschafters vom 16. Juli überrascht worden. Die französische Regierung führt Beschwerde über den angeblich „infolge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und über die angebliche Gefahr einer gewalttätigen deutschen Aktion“.

Die Lage in Oberschlesien

ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe.

Die französische Aufzeichnung verweist auf angeblich „ungehörliche Behauptungen und unmittellbare Herausforderungen des Generals Höfer“, welche die Schere des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffs bekräftigen sollen.

Die französische Aufzeichnung spricht weiterhin von deutschen Banden. Sollten mit dem Ausdruck „Banden“ die früheren und inzwischen aufgelösten deutschen Selbstschutzformationen gemeint sein, so muß diese für Verteidiger des Heimatbodens entwürdigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Deutsche Attentate

welche besonders gegen französische Truppen und Beamte gerichtet seien. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Montalegre ist nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutscher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, diese Tat mit dem deutschen Selbstschutz oder mit der deutschen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.

2. In dem Ratiborer Falle handelt es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der einen Zug deutscher Flüchtlinge vor dem Bahnhof photographierte. Dieser französische Offizier, der während des Aufstandes die Uebergabe der Stadt Ratibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten stark gereizt.

3. Ueber den Fall des Hauptmanns Luz und des Leutnants Kaval liegen nähere Nachrichten nicht vor. Die deutsche Regierung würde dankbar sein, wenn ihr die zur Nachprüfung der Angelegenheit erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht würden.

4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunknen dar, der nach Schluß der Polizeistunde in ein dem Hospital benachbartes Wirtshaus einzu-  
bringen versuchte und von dem Wirt entfernt wurde.  
5. Zu dem Fall der Mißhandlungen des Untersuchungsrichters Schaeßlin ist zu bemerken, daß es sich offenbar um einen Raubakt eines unschuldigen in Untersuchungshaft genommenen Mannes handelt. Eine Verurteilung hat nicht stattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei absichtlich nicht eingeschritten wäre, läßt sich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten.

Behauptungen über den deutschen Selbstschutz

und nicht zutreffend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den ober-schlesischen Selbstschutz abweisen. Sie betont — wie in ihrer Note vom 23. Mai — erneut mit Nachdruck, daß der ober-schlesische Selbstschutz sich als eine aus dem Zusammenbruch der Bevölkerung hervorgegangene Notwehraktion darstellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Internationalen Kommission unterstellt ist.

und anderer Organisationen vermittelten Arbeitsgelegenheit Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat, ihren Zusicherungen gemäß, die in das unbesetzte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschutzes, soweit sie noch im Besitz von Waffen waren, von den aufgelösten Schutzpolizeikommandos entwaffnen lassen.

Die französische Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Oberleitung des Selbstschutzes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Höfer sich in Briesgum befindet. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbstschutzes, das in Ober-glogau seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und Ober-glogau geräumt. General Höfer weilt nicht in Briesgum, wo er nur am 6. und 7. Juli gewesen ist, um die Auflösung des Selbstschutzes zu vollenden, vielmehr hat er sich von dort nach seinem Wohnsitz Coburg begeben und ist auf der Durchreise dorthin am 11. Juli in Berlin gewesen.

eine Gefährdung des Friedens

von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde. Der Deutsche Reichsminister des Auswärtigen hat in Uebereinstimmung mit dem gesamten Kabinett auf dessen Wunsch am 20. Juni in einer Besprechung mit dem französischen Botschafter über das Räumungsabkommen keine Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß er an die ernsthafte Absicht der polnischen Insurgenten, das Abstimmungsgebiet zu räumen, nicht glaube.

Die Räumung des Gebietes durch Polen ist nur zum Schein erfolgt.

Zwar sind die regulären polnischen Truppen und Teile der Halber-Armee mit den schweren Waffen über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einfall bereit, in ihren Ausgangsstellungen verammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Insurgenten bestehen geblieben. Die Waffen sind versteckt, die in Folge der Amnestie freigesetzten polnischen Führer stehen auf ihren Posten. Die Mannschaften, die nach ihren eigenen Angaben nur auf einige Wochen beurlaubt sind, warten nur auf den Befehl zu neuem Losschlagen. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutsch-gefinnte Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist nach hier vorliegenden Berichten

für die Entwaffnung der polnischen Insurgenten bisher nichts Durchgreifendes geschehen.

Zum Teil sind sogar in den neuerrichteten Gemeindeführern Insurgenten mit ihren Gewehren aufgenommen worden. Auch die Verwaltungsbefugnisse haben die Insurgenten nur zum Teil, und auch dann mehr nur zum Schein als in Wirklichkeit, an die Internationalisierte Kommission abgegeben. Die Landräte haben in manchen Kreisen nur eine stark beschränkte Amtsgewalt. Die Amtsvorsteher sind zum Teil vertrieben oder können es nicht wagen, ihre Amtsbefugnisse auszuüben. Die Gemeindevorsteher stehen teilweise vorgezungen unter dem maßgebenden Einfluß ungeschickter polnischer Beamten. Wie sehr sich die polnischen Insurgenten als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verschleppungen deutsch-gefinnter Leute, die immer wieder vorkommen, und zeigen besonders die polnischen Fahnen, die heute wieder über zahlreichen Orten wehen, nachdem sie für die Dauer der kürzlich vom General Le Rond unternommenen Inspektionsreise eingezogen waren. Vielfach haben auch die Insurgenten sogenannte Liquidationsbureaus im Lande zurückgelassen, deren Leiter größtenteils während des polnischen Aufstandes Insurgentenführer gewesen sind, in Wahrheit aber sich mit der Vorbereitung neuer Putschpläne beschäftigen. In Schoppinich besteht noch heute das Hauptquartier Korsantus in Gestalt einer sogenannten Hauptliquidationskommission.

Die deutsche Regierung beharrt lebhaft, daß die französische Regierung den vielen, augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden

solchen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat.

Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Nichtigstellung der ihr vorliegenden Nachricht zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß von der „Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen Drohung“ nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Vermehrung der französischen Streikkräfte schwerlich dazu beitragen würde, die in Folge der noch ausstehenden Entwidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen.

Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Ultimatum nicht nur angenommen hat, sondern auch in seiner Ausföhrung schon weit vorgeschritten ist, den Beweis geliefert, daß ihre Orientierung auf Frieden und nicht auf feindselige Abenteuer gerichtet und daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Sie hat bereits ungeheure Leistungen finanzieller und wirtschaftlicher Art vollbracht und hat auch in der Entwaffnungsfrage allen Forderungen Genüge getan. Die deutsche Regierung wird nach wie vor in diesem Bestreben fortfahren. Innerhalb weniger Wochen hat sie, um nur einiges zu nennen, die schwere Artillerie der Land- und Küstenbesatzungen sowie das von der Kontrollkommission nicht zugelassene Ge-  
weh des Heeres, der Marine und der Polizei abgeliefert, sie hat die Herstellung von Luftfahrzeugen und Motoren verboten, und alle in Deutschland noch bestehenden Selbstschutzorganisationen entwaffnet und aufgelöst. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrechtmäßigen Zielen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten.

Die dritte Internationale

Ihr Glück und ihr Ende

Jedem unbefangenen Beobachter der internationalen Arbeiterbewegung muß der gewaltige Wandel in die Augen fallen, den die Moskauer Internationale im Laufe des letzten Jahres im Urteil der revolutionären Sozialisten aller Länder erfahren hat. Im Sommer 1919 sahen nicht nur die Anhänger der damaligen kommunistischen Partei voller Hoffnung nach Moskau, sondern auch die außerhalb ihrer Reihen stehenden, dem Gedanken des Klassenkampfes in Krieg und Revolution treugebliebenen Proletariatsmassen gaben sich dem Glauben hin, daß die kommunistische Internationale tatsächlich der Sammelplatz des revolutionären Sozialismus werden könne. Daß in ihr das Banner aufgerichtet sei, um das sich die Gegner des Kapitalismus zu scharen hätten.

Denken wir nur an die deutschen Unabhängigen. Waren sie nicht in ihrer übergroßen Mehrheit bereit, sich der kommunistischen Internationale anzuschließen, wenn die Bedingungen, die man ihnen gestellt hätte, nur einigermaßen annehmbar wären, und wenn man insbesondere darauf verzichtet hätte, von Moskau aus jede ihrer politischen Handlungen zu bevormunden? Ist es nicht manchem von uns auch dann noch bitter schwer geworden, auf den Gang nach Moskau zu verzichten, als man dort unerbittlich an den berühmten einundzwanzig Forderungen festhielt und sich dagegen sträubte, ihnen wenigstens eine Auslegung zu geben, die das Eigenleben der deutschen Partei nicht völlig zerstört hätte? Man sah eben, gebendet von den scheinbaren Erfolgen, die die russische Revolution davongetragen hatte, in jener Organisation, die in erster Linie unter russischem Einfluß stand, die Verkörperung der Ideen des zielbewußtesten und erfolgversprechendsten Internationalismus. Marxens Ruf nach der Vereinigung der Proletarier aller Länder schien nicht besser entprochen werden zu können, als in der Gemeinschaft des Moskauer Kommunismus.

Und heute? Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, wie verschieden der Eindruck des Dritten Kongresses der kommunistischen Internationale von dem ist, den der Zweite bei den Arbeitern Europas hervorgerufen hat. Vor einem Jahre folgten sie den Verhandlungen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, ja, man darf fast sagen, mit angehaltenem Atem. Diesmal wurde ihm ein geradezu ungebührlich geringes Interesse entgegengebracht, und kaum jemand ver sprach sich von ihm noch eine neue Offenbarung oder auch nur einen Fingerzeig für den Weg zur Erreichung des sozialistischen Endzieles.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Kommunisten für diesen Umschwung die niederträchtige Arbeit der „zentristischen“ Führer und der „menschenwürdigen“ Ver-räter verantwortlich machen werden. Aber diese Methode ist gar zu billig, und sie verfangt nicht mehr bei denen, auf die sie berechnet ist. Wenn das Heil aus Moskau gewinkt hätte, dann würden die Führer nicht in der Lage gewesen sein, die Massen zurückzuhalten. Die Kommunisten verfügen über alle Möglichkeiten, unmittelbar zu den Arbeitern zu sprechen. Wenn diese ihnen nicht folgen, so muß der Grund wohl anderswo zu suchen sein, als bei dem Mangel an revolutionärer Entschlossenheit auf Seiten der Parteiführer. Er liegt, um es kurz zu sagen, in dem putschistischen Sektierertum der Dritten Internationale, die den Kampf gegen die nicht unbedingt auf ihre Lehren schwörenden Arbeiter fast mit größerer Erbitterung führt, als den gegen die Bourgeoisie, und die ihre Anhänger in Abenteuer hineinzieht, die letzten Endes nicht dem Sozialismus, sondern der Reaktion zum Vorteil ausschlagen.

Dabei hatte sie am Ende des vorigen Jahres gewisse ziffermäßige Erfolge zu buchen. Die kommunistische Partei Deutschlands wurde durch den Zugang eines nicht unbeträchtlichen Teils der Unabhängigen verstärkt. Die kommunistische Arbeiterpartei wurde als sympathisierendes Mitglied aufgenommen. Heute aber steht die kommunistische Arbeiterpartei schon wieder draußen und treibt die heftigste Opposition gegen das Moskauer Bogenjudentum, und die Vereinigte kommunistische Partei läßt nach der Kampfanfrage, die Paul Levi gegen die Turkestaner gerichtet hat, an Einigkeit so gut wie alles zu wünschen übrig. In der Internationale, die die Revolutionäre aller Länder zum Kampf sammeln wollte, sind sich die Revolutionäre über die Fragen der Strategie und der Taktik böse in die Haare geraten, und der Zusammenbruch wäre noch viel offensichtlicher, wenn nicht der Oberste Rat in Moskau Hug genug wäre, mit zweierlei Maß zu messen und nicht über alle Kritiker daselbst vernichtende Urteile zu fällen, das gegen den widerspenstigen Levi ergangen ist.

Sicher sollen Meinungsverschiedenheiten mit der größten Offenheit ausgetragen werden. Aber die Rücksichtslosigkeit ist nur dann eine Stärke, wenn sich der Beweis erbringen läßt, daß sie die Partei nicht an politischen Fortschritten hindern. Wo aber sind die Siege der Kommunisten? Wo sind unter ihrer Führung den Gedanken der Weltrevolution Wege gebahnt worden? Nicht in Deutschland und nicht in irgendeinem anderen Land.

Auf das deutsche Halle folgte das französische Tours. Der größte Teil der französischen sozialistischen Partei schloß sich Moskau an. Aber niemand wird zu behaupten wollen, daß seit diesem Augenblick der politische Einfluß der Arbeiterpartei in Frankreich größer geworden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die zersplitterte Arbeiterbewegung hat ihre Kraft eingebüßt, und weniger noch als die bei der alten Fahne gebliebenen Sozialisten bedeuten heute die Kommunisten in Frankreich. Sie verfügen über die Presse, sie verfügen über sehr beträchtliche Geldmittel, sie besitzen zahlenmäßig die stärkeren Organisationen. Aber sie haben es weder fertig gebracht, den Geist der französischen Arbeiter wirklich zu revolutionieren, noch erringen sie Vorteile in den Kämpfen mit den herrschenden Gewalten. Bei einer Kommunalwahl, die vor wenigen Tagen in Paris stattfand, blieben ihre Stimmen selbst hinter denen der Sozialisten zurück. Das einzige, was sie erreicht haben, war die Verminderung der Anhängerzahl der beiden Parteien zusammen. Die Zersplitterung bedeutet die Niederlage.

Aber man begnügt sich nicht mit der Zersplitterung der Partei, man legt seinen Eifer auch an die Zerstörung der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats. Die Moskauer Gewerkschaftsinternationale tritt in Konkurrenz mit der Amsterdamer, die sie als gelbes Betrügerbündnis beschimpft. Die Ergebnisse ihrer Werbetätigkeit sind bisher außerordentlich gering. Zwar erzählt man uns von Millionen von Mitgliedern, aber niemand weiß so recht, wo sie zu finden sind. Im wesentlichen ist das Amsterdamer Gebäude bisher unerschüttert geblieben.

Gerade jetzt indessen legt man seine Hoffnung wieder auf Frankreich. Der in den nächsten Tagen in Lille zusammen tretende Kongress des Gewerkschaftsverbandes soll sich zwischen Amsterdam und Moskau entscheiden. Und die Kommunisten erwarten, daß das syndikalistische Element, daß in der Confédération Générale du Travail immer seine Rolle spielt, zu ihren Günstigen den Ausschlag geben werde. Aber schon hat die Moskauer Taktik neue Gefahren heraufbeschworen. In dem von dem Kongress der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale aus neue die Unterordnung der Wirtschaftsverbände unter die politische Internationale verkündete, hat er gerade diejenigen in Frankreich vor den Kopf gestoßen, von denen er sich die größte Unterstützung verspricht. Das im Jahre 1906 in Amiens beschlossene Statut der C. G. T. betont, den syndikalistischen Wünschen Rechnung tragend, die absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften „von jeder politischen Seite“. Diesen Standpunkt nimmt auch heute noch ein großer Teil der Gegner von Amsterdam ein. Weiß er ihm nicht Rechnung getragen hat, mußte einer der nach Moskau entsandten Delegierten, Tomass, nach seiner Rückkehr sein Amt als Sekretär niederlegen, und heute wird bereits in diesen Kreisen die Parole ausgegeben, daß man sich von Amsterdam trennen müsse, ohne den Anschluß an Moskau zu vollziehen.

Wie die Viller Verhandlungen auslaufen werden, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit sagen. Auf ihren Konferenzen haben sich die Transportarbeiter mit 31 gegen 5 Stimmen für die bisherige Organisation ausgesprochen, während die Metallarbeiter mit 113 gegen 112 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Resolution zugunsten der kommunistischen Internationale angenommen haben. Es steht zu befürchten, daß es auch in Lille zu einem Bruch kommt, und daß damit die französische Gewerkschaftsbewegung zu derselben Bedeutungslosigkeit verurteilt wird wie die politische Partei.

Moskaus Triumphe sind also rein negativer Art. Die Internationale, von der man einmal die Vereinigung des Klassenbewußten Proletariats zum sieghaftesten Kampfe erhoffte, zeigt ihre Stärke nur in der Kunst, die Arbeiterbewegung zu zerreissen. Sie droht in ihren Zusammenbruch den gesamten Sozialismus mit hinein zu ziehen, und wenn diese Gefahr auch durch die dem Proletariat innewohnende natürliche Kraft abgewendet wird, so ist eine vorübergehende Schwächung des Arbeiterheeres doch unverkennbar und unvermeidlich. Was einmal als Hoffnung begrüßt wurde, ist zur schweren Bedrohung geworden, und die Genugtuung darüber, daß das Trübsicht von Moskau zu verlöschen beginnt, kann uns nicht über die verhängnisvollen Erschütterungen trösten, die sein zeitweiliges Leuchten mit sich gebracht hat.

## Die Lage in Oberschlesien

Gegenüber Pressemeldungen, daß General Le Rond Doppeln verlassen habe und über Prag nach Paris abgereist sei, hören die P. V. N., daß an amtlicher Stelle in Berlin davon nichts bekannt ist, vielmehr der Vorsitzende der Interalliierten Kommission Sonnabend morgen noch in Döppeln gewesen ist. An amtlicher Stelle in Berlin ist auch davon nichts bekannt, daß Truppenentwürfe aus Frankreich nach Oberschlesien, sei es über Antwerpen nach Danzig, sei es durch Deutschland, begonnen haben, ebenso weiß man nichts davon, daß zwei italienische Regimenter nach Oberschlesien abgehandelt sein sollen.

Im englischen Unterhause hat Lloyd George erklärt, daß ihm noch kein Bericht vorliege über den Gesamtschaden, der in Oberschlesien durch den polnischen Aufstand verursacht wurde. Demgegenüber erfahren die P. V. N., daß der Berg- und Hüttenmännliche Verein bereits einen Bericht erstattet hat über die Schäden in Oberschlesien, soweit sie sich bis jetzt überschauen lassen. Allerdings können die direkten Schäden durch Raub, Diebstahl, Beschlagnahme von Lebensmittel, Schutzzeug, Autos, Pferde usw., wie sie von den Aufständischen, zumal zu Beginn des Aufstandes angerichtet wurden, noch nicht genau beziffert werden. Weit höher sind jedoch die indirekten Verluste durch Vertreibung der Betriebsleiter und Betriebsbeamten, die teils wie z. B. auf der Schliessen-Grube, durch polnische Betriebsräte ersetzt wurden, deren ganze Tätigkeit darin bestand, die deutschen Angestellten zu entfernen und dafür Polen unterzubringen. Die Leistung der Gruben ist auf 50 Prozent der Förderung vor dem Aufstand zurückgegangen, wovon noch 20 Prozent für Selbstverbrauch abgehen, so daß nur noch 30 Prozent zur Verfügung stehen. Die Hüttenbetriebe und Walzwerke hatten während des Aufstandes gar keinen Absatz und konnten nur auf Vorrat arbeiten. Die Verfeinerungsindustrie hatte gar nichts zu tun.

## Der Transport der französischen Truppen

Der französische Botschafter hat bei seinem gestrigen Besuche den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen gefragt, ob die deutsche Regierung erklären wolle, daß sie bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem französischen Botschafter darauf geantwortet, daß die deutsche Regierung bereit sei, den Bestimmungen des Versailles Vertrages in jeder Weise nachzukommen. Indessen könne nach ihrer Auffassung ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von

einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Befestigung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Es wird um Mitteilung gebeten, ob das Ersuchen in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt sei.

## Der arbeiterfeindliche Koske

In der Morgenausgabe vom 20. Juli brachten wir eine Notiz des Inhalts, daß der Oberpräsident der Provinz Hannover, Herr Gustav Koske, gegen streikende Landarbeiter im Regierungsbezirk Stade Gendarmerie und Schuttpolizei aufbehalten und damit Partei für die Agrarier ergriffen habe. Herr Koske fühlte sich veranlaßt, uns diesbezüglich mit einer Berichtigung zu beglücken, die ungefähre besagt, daß er versucht habe, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in die Wege zu leiten. Das sei aber nicht gelungen, weil die Arbeitgeber sich strikte ablehnend verhalten hätten. Infolge von Ausschreitungen habe sich dann der Regierungspräsident veranlaßt gesehen, zur Unterstützung der Gendarmerie eine Anzahl Beamte der Schuttpolizei in das Streikgebiet zu beordern. Die Technische Nothilfe sei hingegen nicht eingesetzt worden.

Wir müssen Herrn Koske daran erinnern, daß unsere Notiz auf Tatsachen fußt, die in einem Schreiben enthalten sind, welches der Vorsitzende des rechtssozialistischen Bezirks Unter-Elbe an den Oberpräsidenten gerichtet hat. In diesem Schreiben wird festgestellt, daß Herr Koske sich von Unternehmerseite einseitig über den Streik unterrichtet ließ. Die Landarbeiter, so heißt es in dem Schreiben, hätten den Streik nicht leichtfertig vom Zaun gestoßen, sondern sie seien dazu gezwungen worden durch die Landwirte, die jeden Verhandlungsvorschlag ablehnten hätten. Die Streikursache sei also ausschließlich in dem Verhalten der Unternehmer zu suchen, und deshalb sei es unverständlich, daß die Gendarmerie verstärkt und den Landwirten vom Oberpräsidenten sogar das Einlegen der Technischen Nothilfe zugelassen worden wäre. Die Arbeiter, so heißt es schließlich, mühten in dem Vorgehen des Oberpräsidenten ein feindliche Handlung gegen die Arbeiter erblicken.

Das alles steht, wie schon gesagt, in einem Schreiben, welches die Parteigenossen des Herrn Gustav Koske an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover abgeschickt haben. Herr Koske, dessen Berichtigungen ja einen gewissen Auf bekommen haben während seiner glorreichen Zeit als sogenannter Reichswegminister, wird uns deshalb schon gefaßten müssen, wenn wir den Angaben der Arbeiter, in diesem Falle sogar seinen eigenen Parteigenossen, mehr Glauben schenken als ihm selbst.

## Endlich!

Wie die Telegraphen-Union erzählt, soll die Anklageschrift gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Gottfried von Jagow wegen Teilnahme am Rapp-Busch nach Abschluß der Voruntersuchung von der Reichsanwaltschaft dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts zugestellt worden sein. Damit ist die Anklage gegen von Jagow offiziell erhoben. Der erste Strafsenat wird gemäß der Strafprozedurordnung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen haben. Die Hauptverhandlung selbst wird vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden und zwar frühestens im Oktober dieses Jahres. Frühestens: das heißt, wenn Jagow nicht inzwischen wieder krank oder unsichtbar geworden ist.

## Selbstmord Frauendorfers

Wie wir gestern berichtet hatten, war gegen den früheren bayerischen Verkehrsminister von Frauendorfer, der zuletzt Leiter der bayerischen Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums war, die schwere Beschuldigung erhoben worden, Münzfälschungen begangen zu haben. Nach den offiziellen Mitteilungen hatte Frauendorfer als Minister die staatlichen Münzlabore offen gestanden. Das nützte er aus, um von den seltensten Originalen Abgüsse zu machen und mit ihrer Hilfe die Originale nachzubilden. Mit diesen falschen Originalen hat er seine Sammlung bereichert. Die Motive, die Frauendorfer auf diesen Abweg führten, sollen keinesfalls in Gewinnsucht zu suchen sein. Vielmehr sei wohl übereifriger Sammellehrgeiz schuld daran, daß der Minister diese Vergehen verübte. Seit dem 1. Juni hatte die Polizei Erhebungen in dieser Angelegenheit angestellt. Sie gingen von der Leitung des Berliner Münzkabinetts aus, der das Auftauchen vieler Doubletten von Stücken bei öffentlichen Münzversteigerungen auffielen, die bisher als einzige Exemplare galten. Es wurde schließlich ermittelt, daß solche Münzen zwei bekannten Münzhandlungen als sehr wertvolle Originale von Frauendorfer zur Versteigerung übergeben worden waren. Als sich die Verdachtsmomente gegen Frauendorfer genügend verdichtet hatten, wurden am 14. Juli die Verhandlungen von der Polizei der Staatsanwaltschaft unterbreitet, die eine Hausdurchsuchung herbeiführte. Am 20. Juli fand ein mehrtätigiger Verhör Frauendorfers statt. Nach diesem Ergebnis hat sich infolge ungläubwürdiger Angaben Frauendorfers der Verdacht der Fälschungen noch verstärkt. Aber trotzdem waren die Voraussetzungen für eine Festnahme noch nicht gegeben, zumal auch Fluchtverdacht nicht vorzuliegen schien. Die weiteren Erhebungen brachten dann folgende Tatsachen, daß eine neue Vernehmung Frauendorfers notwendig erschien. Zu diesem Zwecke sollte kein Verhör vor der Polizei am 22. Juli vormittags erfolgen. Die Beamten trafen aber Frauendorfer in seiner Wohnung nicht mehr an. Bis abends war er nicht zurückgekehrt. Sonnabend vormittag traf die Nachricht von seinem Selbstmorde ein. Frauendorfer hat sich in den Anlagen von Gesselfast in München auf einer Bank erschossen.

Herr von Frauendorfer wurde 1887 in die bayerische Regierung berufen und, als 1903 ein selbständiges bayerisches Verkehrsministerium geschaffen wurde, zu dessen Leiter ernannt. Seine besondere Befähigung in diesem Amte ist von allen Seiten anerkannt worden. Insbesondere hatte er sich große Verdienste um die Ausgestaltung des bayerischen Verkehrs wesens erworben. Er bekannte sich politisch zur bürgerlichen Demokratie, was ihn zu einem Gegenstand der Zentrumsmehrheit brachte und 1912 seinen Rücktritt veranlaßte. Als Kurt Eisner im November 1918 ein revolutionäres Kabinett bildete, wurde Frauendorfer, trotzdem er kein Sozialist war, wieder zum Verkehrsminister berufen. Nach der Ermordung Eisners trat er in die Regierung Hoffmann über; als diese gestürzt wurde, blieb er Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium und wurde schließlich zum Leiter der Zweigstelle München der Reichseisenbahn ernannt. Politisch ist er in seiner amtlichen Tätigkeit nie hervorgetreten, und auch das ihm jetzt zur Last gelegte Vergehen hat mit seiner amtlichen Eigenschaft nichts zu tun gehabt. Trotzdem ist von der reaktionären Presse Bayerns, an deren Spitze sich der „Miesbacher Anzeiger“ und die hinnersteren „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellen, eine wilde Hege gegen ihn eingeleitet worden. Es wird ihm von

dieser Seite besonders verdacht, daß er sich Kurt Eisner zur Bereifung gestellt hätte, und selbstverständlich suchte dieses Verbrechen die Ausgeleiteten Frauendorfers von der geraden Bahn der bürgerlichen Ehrenhaftigkeit mit diesem Stück seiner Bereifung in Verbindung zu bringen. Frauendorfer hat auf die Beschuldigungen gegen ihn mit dem Selbstmord geantwortet, und vielleicht können infolgedessen seine Handlungen nicht vollständig aufklärt werden. Wie dem aber auch sei, so konnte es nur der reaktionären Sippschaft in Bayern einfallen, die Revolution auch mit diesem Ereignis belästigen zu wollen.

## Die Lage in Irland

EE. London, 20. Juli.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ erzählt aus autoritativer Quelle, daß nicht der geringste Anlaß vorliegt, wegen des Verlaufes der Verhandlungen mit den Sinnfeinern entmutigt zu sein. Die Dinge hätten einen befriedigenden Verlauf genommen. Das Irish Office erklärt, daß in mehreren Distrikten die Streitkräfte der Krone und die Freiwilligen der irischen Armee einander begrüßten und sich miteinander verbrüderten, sobald sich Gelegenheit dazu bietet.

EE. London, 23. Juli.

Trotz der frühen Morgenstunde war die Abordnung der Sinnfeiner, die sich nach Dublin zurückgeben wollten, auf dem Bahnhof Gegenstand begeisterter Kundgebungen. Den anwesenden Zeitungsvertretern erklärte De Valera: Obwohl die unmittelbare Zukunft ungewiß ist, haben wir volles Vertrauen in den Erfolg unserer Sache. 6.40 Uhr abends traf De Valera und seine Kollegen im Rathaus von Dublin ein, wo sie von einer zahlreichen Menschenmenge begeistert begrüßt wurden. Über die Vorschläge, die England Irland machte, wies die „Daily Mail“ folgendes zu berichten:

Irland wird eine selbständige Regierung nach dem Muster Südafrikas zugestanden, doch ist dies keine einheitliche Regierung, sondern Nordirland und Südirland erhalten je eine Homerule. Beide Regierungen erhalten Selbständigkeit in finanziellen Fragen, die Kontrolle über die Zölle in ihrem Gebiete und die Kontrolle über die ihnen zuerkannten Territorien. Man nimmt an, daß auch die Leute von Ulster diese Vorschläge annehmen werden. Doch wird eine Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen in manchen Angelegenheiten, besonders in finanzieller Hinsicht notwendig sein. Eine Zollschranke wird zwischen Nord- und Südirland nicht errichtet werden. Man hofft, daß sich auch in anderen Angelegenheiten eine Zusammenarbeit ermöglichen lassen werde, die allmählich zu einer einheitlichen Regierung führen könne für das ganze „Dominion“ Irland. Die Schaffung einer selbständigen Republik Irland lehnt England allerdings ab. Die Regierung wünscht vielmehr, daß Nord- und Südirland als Teile von gleichem Wert behandelt werden. Es steht jedoch noch nicht fest, ob diese Vorschläge Aussicht haben, von den Sinnfeinern angenommen zu werden.

Die englischen Vorschläge wurden gestern nachmittag auch James Craig übermittelt, gerade in dem Augenblick, als das Kabinett von Ulster zu einer Sitzung versammelt war. Die Botschaft Lloyd Georges wurde verlesen und erörtert, doch wurden irgendwelche Beschlüsse nicht gefaßt.

## Der Krieg in Kleinasien

Große „Siege“ auf beiden Seiten

EE. Paris, 23. Juli.

Der türkische Heeresbericht meldet: Am 21. Juli hat der Feind mit 14 Infanteriedivisionen und zwei Kavalleriebrigaden einen heftigen Angriff gegen unser Zentrum und unseren äußersten linken Flügel unternommen. Sieben Divisionen, die zum Angriff vorgingen, suchten unsere Mitte einzubringen. Doch wurde die Offensive abgewiesen, und unsere Truppen unternahmen sofort einen energischen Gegenangriff, der den Feind auf der ganzen Ausdehnung der Front überzerrannte. Die Griechen schloßen sich an und wurden verfolgt. Unsere Kavalleriebrigaden unternahmen Streifen, auf denen sie dem Feind bedeutende Verluste beifügten. Unsere Truppen machten zahlreiche Gefangene und haben mehrere Geschütze und eine bedeutende Menge Kriegsmaterial erbeutet. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Nach Athener Presseberichten von der Front werden die Reste der bei Estschibit und Kutahia geschlagenen Armees auf dem Wege nach Angora weiter verfolgt. Sie suchen sich bei dieser Stadt zu sammeln. Mustafa Kemal war machtlos gegen die Unordnung seiner Truppen auf dem Rückzuge und besah seine Kameras von den Plänen des griechischen Generalstabs, durch dessen Taktik er völlig überrumpelt wurde. Ismed Pascha soll verwundet und sein Generalstabschef getötet worden sein.

## Eine Proklamation Mustafa Kemal Paschas

DI. Konstantinopel, 23. Juli.

Mustapha Kemal Pascha erklärt in einem Manifest, daß die nationale Armee von Angora sich auf Stellen zurückziehe, die von vornherein vorgesehen gewesen seien. Die Proklamation empfiehlt der Bevölkerung Anatoliens, keinerlei Unruhe zu zeigen, denn die nationale Armee werde ihre Pflicht voll auf tun. Die muslimanische Bevölkerung von Kizil-Karabizir, Kutahia und Est-Schehr ist nach Siwas und Erzerum gebracht worden.

Die nächste deutsche Reparationszahlung. Der „Matin“ meldet, daß die nächste Zahlung der Reichsregierung bei der Reparationskommission in Höhe von 49,8 Millionen Goldmark für den 1. Dezember angeboten worden sei.

Nathan im Reichswirtschaftsrat. Der Reichsminister für den Wiederaufbau Dr. Nathan will in der nächsten Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates am Mittwoch, den 27. Juli, über die Pariser Verhandlungen sprechen; im Anschluß daran wird der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Professor Dr. Hirsch das Wort ergreifen.

Folgen der Trockenheit. Der Wasserstand der Elbe ist infolge andauernder Trockenheit herab zurücksunken, daß mit dem gänzlichen Einstillen der Eisbahnfahrt in den nächsten Tagen gerechnet werden muß, wenn nicht ausgiebige Niederschläge eintreten. Schon jetzt verkehren die Frachtfähren nur mit einem Drittel Ladung, so teilweise mit einem Viertel, und auch die Personendampfer können nur noch zu einem Teil besetzt werden.

Sitzung der Wirtschaftskonferenz. Die Wirtschaftskonferenz hat Sonnabend vormittag eine Sitzung abgehalten und sich mit den letzten Einzelheiten der Inkraftsetzung des Vertrages von Trianon befaßt. Der Austausch der Ratifikationen wird am Dienstag um 6 Uhr stattfinden.

Oesterreich-ungarische Differenzen. Wie die Wiener „Neue freie Presse“ erzählt, hat der österreichische Geschäftsträger in Budapest wegen beleidigender Angriffe des ungarischen Finanzministers gegen Oesterreich inoffizielle Schritte beim ungarischen Außenminister unternommen.

Auflösung des schwedischen Parlaments. Das schwedische Kabinett hat den Beschluß gefaßt, das Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden zwischen dem 11. und 18. September stattfinden, zum erstenmal werden dabei die schwedischen Frauen zur Urne gehen.

So wird's gemacht. John D. Rockefeller ist nicht mehr der reichste Mann der Welt, denn er hat, wie die Wälder melden, nahezu sein gesamtes gigantisches Vermögen auf seine unmittelbaren Familienangehörigen übertragen, um auf diese Weise der Erbschaftsteuer für seine Erben zu entgehen.

# Metallarbeiter! Heute und morgen sind die Delegierten-Wahlen!

Zur Entscheidung stehen: Klassenkampf oder Puttschismus, Amsterdam oder Moskau, Erhaltung der Größe und Einheit oder Zerstörung der Gewerkschaften. **Wollt ihr das erste, dann wählt die Liste A.** Wahlzeit am Sonntag 10—1, am Montag 2—6 Uhr. Wahllokale im Inzeratenteil der heutigen Nummer.

## Die Hungerkatastrophe in Sowjet-Rußland

Die Sowjetrepublik ist von einer furchtbaren Katastrophe betroffen. Eine entsetzliche Dürre hat in Südostrußland die Saaten vernichtet. Am schwersten ist das Wolgarebiet zwischen Smara und Astrachan getroffen; dort ist die Winterfaat völlig zugrunde gegangen, aber auch die Winterfaat beinahe vollständig verloren. Das Vieh mußte wegen des Futtermangels geschlachtet werden. Die Menschen haben keine Nahrung mehr. Tausende und Zehntausende verlassen die heimischen Dörfer, sie laden ihren armseligen Hausrat auf ihre Karren und ziehen mit Weib und Kind, hungrig und bettelnd, gegen Sibirien, gegen Turkestan, gegen die Ukraine, ein Stückchen Brot zu suchen. Millionen Menschen sind dort vom Hungertod bedroht. Und der Hunger nährt Seuchen, Verbrechen und Spekulation. Die Cholera breitet sich drohend aus. Und die Sowjetregierung sieht sich gezwungen, Diebstahl, Raub und Lebensmittelpverheimlichung mit Todesstrafen zu bedrohen.

Die Geschichte früherer Jahrhunderte erzählt uns von solchem Hungerssterben. Erst seitdem die Eisenbahnen, die Dampfschiffahrt, der Weltmarkt alle Länder der Welt einander näher gebracht, sind solche Hungersnöte seltener und weniger furchtbar geworden. Denn wenn in einem Lande die Ernte mißriet, konnte man ihm aus anderen Ländern Getreide zuführen. Rußland hat öfter noch als andere Länder Zeiten der Hungersnot erlebt. Denn in dem kontinentalen Klima des regenarmen Steppengebietes sind Perioden anhaltender Dürre sehr häufig; und der analphabetische russische Bauer, der den Boden nur oberflächlich düngt und unzulänglich düngt, treibt Raubbau mit den Nährstoffen des Bodens und Bewässerungs- und Bereisungsanlagen kennt kein primitiver Weisen- und Ackerbau nicht. Aber wenn es sonst möglich war, den Hungergebierten Getreide aus anderen Teilen des Reiches zuzuführen, so ist das diesmal infolge der furchtbaren Zerrüttung der ganzen russischen Volkswirtschaft kaum noch möglich. Siebenjähriger Krieg und Bürgerkrieg haben die russische Landwirtschaft und die russischen Verkehrsmittel so furchtbar verheert, daß die Sowjetregierung trotz der tatkräftigsten Anstrengungen nun nicht imstande ist, dem von der Dürre betroffenen Hungergebiet schnell und ausreichend zu Hilfe zu kommen.

Vor der Revolution betrug die Anbaufläche in Rußland 90 Millionen Desjatinen, im Jahre 1920 waren nur noch 61 Millionen Desjatinen angebaut; die Anbaufläche war also um ein Drittel verkleinert. Noch schneller aber sanken die Ernteeinträge. Vor dem Kriege galt eine Ernte von 45 Milliarden Rubel als eine mittlere Ernte; im Jahre 1920 wurden nur 2,1 Milliarden Rubel geerntet. Diesmal dürfte die Gesamternte noch kleiner sein als im vorigen Jahre. Zwar ist die Ernte in den Gebieten von Moskau und Petersburg besser geraten als 1920; die Brotversorgung der beiden Hauptstädte dürfte also etwas erleichtert werden. Auch in einem Teil Zentralrußlands und in der Ukraine westlich vom Dnjepr soll die Ernte nicht schlecht geraten sein. Aber im ganzen Süden östlich vom Dnjepr hat die Ernte infolge der Dürre schwer gelitten; die Zahl der Gouvernements, die von der Mißernte betroffen sind, ist noch größer als im vorigen Jahre. Die Ueberschüsse, die im Lande vorhanden sind, werden also an sich kaum zureichen, die Hungergebiete mit dem Notwendigsten zu versorgen. Dazu kommen aber noch die furchtbaren Schwierigkeiten der Aufbringung dieser Ueberschüsse. Der Bauer gibt umsonst, gibt für den vollständig entwerteten Papirrubel nichts her; an gewaltsame Requisitionen kann die Sowjetregierung nicht mehr denken, wenn sie die Bauern nicht zum offenen Aufruhr treiben will. Die Regierung muß den Bauern Waren zum Tausch gegen Getreide anbieten, um die vorhandenen Ueberschüsse aus den Speichern herauszulösen. Nach einer Schätzung des Regierungsblattes wären dazu Waren im Werte von etwa 600 Millionen Goldrubel notwendig; die Sowjetregierung kann aber infolge der Zerrüttung der Industrie Waren im Werte von höchstens 150 Millionen Rubel für den Austausch gegen Getreide aufbringen. Und zu alledem kommen noch die Transportchwierigkeiten. Die Industrie feiert infolge des Mangels an Kohle, Kohöl, Brennholz, während in anderen Gouvernements Vorräte an Kohle, Kohöl, Brennholz ungenützt liegen bleiben; die Eisenbahnen sind nicht imstande, den Transport der Rohstoffe aus den Produktions- in die Industriegebiete zu bewältigen. Wie sollen diese völlig zerrütteten Eisenbahnen nun auch noch die Getreidetransporte aus weit entfernten Gouvernements in die Hungergebiete bewältigen können?

Wagim Gorki, der große russische Dichter, fordert die ganze Welt zivilisierte Welt auf, durch eine große internationale Hilfsaktion die zwanzig Millionen Einwohner des Hungergebietes vor Hunger- und Seuchentod zu retten. Die kapitalistische Welt nimmt den Hilferuf des Dichters mit Hohn und Spott an. Was kümmert es sie, wenn Millionen an der Wolga buchstäblich Hungers sterben, wie seit Jahrhunderten in Europa Menschen nicht mehr Hungers gestorben sind? Sie spekuliert nur auf die politischen Wirkungen der Hungerkatastrophe. Sie hofft, daß die Hungersnot die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetregierung ringt, noch unendlich vergrößern, den Bolschewismus zu Fall zu bringen, die Konterrevolution zum Siege führen werde.

Ganz anders muß das internationale Proletariat die erschütternden Hilferufe aufnehmen, die aus den Hungergebieten zu uns dringen. Nicht nur darum, weil alle politische Gegnerschaft verkümmern muß, wenn mit dem Hungertod ringende Menschen menschliches Mitgefühl anrufen. Sondern auch deshalb, weil, trotz aller Gegnerschaft, die zwischen dem russischen Bolschewismus und der europäischen Sozialdemokratie besteht, trotz all der unseligen Politik der Schmähungen, Verleumdungen, Be-

rechnungen, Spaltungen, durch die der russische Bolschewismus die internationale Arbeiterbewegung zerklüftet und die Beziehungen zwischen den proletarischen Parteien vergiftet hat, das internationale Proletariat nie vergessen kann und nie vergessen darf, daß der Konterrevolution gegenüber unzerbrechbare revolutionäre Solidarität den europäischen Arbeiter mit dem russischen Bauern vereinigt.

Gewiß, der russische Bolschewismus war schon vor der Elementarkatastrophe, die ihn jetzt betroffen hat, völlig bankrott. Er hat vorher schon seine ganze Wirtschaftspolitik völlig umkehren müssen. Was er seither versucht, ist nichts anderes, als der Wiederaufbau des Kapitalismus. Er bemüht sich um Auslandscredite, er bietet die sozialisierten Fabriken, Bergwerke, Forste ausländischen und inländischen Kapitalisten zur Pacht an, er stellt den freien Handel und das Bankwesen wieder her, er sucht das Klein-gewerbe wiederherzustellen. Aber während er im Bereich der Wirtschaftspolitik bereits völlig kapituliert hat, glaubt er sein politisches System, das System einer terroristischen Parteidiktatur festhalten zu können. Das ist sicherlich eine Utopie. Der Wiederaufbau der Wirtschaft mit kapitalistischen Mitteln, den Lenin propagiert, ist mit der jetzigen Diktatur, das heißt, nach Lenins eigener Definition, mit dem System einer Herrschaft, die an keine Geleche gebunden ist, nicht vereinbar. Denn welcher ausländische Kapitalist wird in Rußland Kapital anlegen, wenn er nie vor der Expropriation sicher ist? Wie können Handel, Bankwesen, Privatindustrie ohne Rechtsicherheit wieder hergestellt werden? Ist es wahr, wie Lenin glaubt, daß Rußland zunächst unvermeidlich durch einen staatlich reglementierten Kapitalismus hindurch muß, so muß die Diktatur der kommunistischen Partei fallen, weil solcher Staatskapitalismus bürgerliche Rechtsicherheit voraussetzt. Der wirtschaftlichen Kapitulation des Bolschewismus wird also die politische unvermeidlich folgen müssen. Aber es kommt sehr darauf an, in welcher Form sie folgen wird. Kommt sie in der Form allmählicher Umbildung des bolschewistischen Herrschaftssystems, dann kann die Diktatur in eine proletarisch-bäuerliche Demokratie übergeleitet werden, die zur natürlichen Verbündeten der Massen des arbeitenden Volkes in ganz Europa würde. Wird dagegen der Bolschewismus durch Hungerrevolten verhungender Bauernmassen gestürzt, dann geht aus der Anarchie, die seinem Sturze folgt, die blutige Konterrevolution hervor, die zum Ausgangspunkt und zur Stütze der Konterrevolution auch in Mitteleuropa würde. Darum ist es ein Lebensinteresse des internationalen Proletariats, daß der russische Bolschewismus nicht an der brutalen Macht der Naturgewalten scheitert, sondern Zeit gewinnt, unter dem Druck der unentrinnbaren wirtschaftlichen Notwendigkeiten seine utopischen Illusionen allmählich zu überwinden, aus sich selbst allmählich eine proletarisch-bäuerliche Demokratie zu entwickeln.

### Der Kampf mit der Hungersnot

Das **Ukrussische Zentral-Ekzekutivkomitee** beschloß, seine vierte Session auf den 15. September zu verschieben und alle Mitglieder des A. Z. E., soweit es die laufenden Arbeiten gestatten, unverzüglich in die Provinzen zu den Arbeiten für die Durchführung der Naturalsteuern und zur Bekämpfung der Hungersnot zu entsenden.

Der **Ukrussische Gewerkschaftsrat** beschloß, sich an das internationale Proletariat mit einem Aufruf um Hilfe für die notleidenden Gegenden Rußlands zu wenden, des Landes, das als erstes den Kampf für die Befreiung der Arbeitenden der ganzen Welt aufgenommen hat.

Der **Moskauer Gewerkschaftsrat** hat ein Arbeiter-Hilfskomitee zum Kampf mit der Hungersnot organisiert, das in allen Fabriken und Betrieben die Hilfsaktion für die notleidende bäuerliche Bevölkerung, die Unterstützung der Bauern mit den notwendigsten Bedarfsartikeln durchzuführen soll.

Eine ähnliche Organisation hat der **Petrograder Gewerkschaftsrat** ins Leben gerufen, der an alle Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte die Aufforderung richtet, die Produktivität der Arbeit aufs äußerste zu steigern, um den Bauern die notwendige materielle Hilfe leisten zu können.

### Ein Aufruf der russischen Kommunisten

CC. Revol. 21. Juli.

Die russische kommunistische Partei wendet sich in einem Aufruf an die Gesamtbevölkerung mit der Aufforderung, die Ablieferungsvorschriften und sonstigen Verfügungen der Sowjetregierung genauestens innezuhalten. Die Vorräte im Inland reichen kaum aus, um die hungernde Bevölkerung in den notleidenden Gebieten zu versorgen, und die Zufuhr aus dem Auslande sei nur in beschränktem Maße möglich. Der Aufruf warnt die Bauern nachdrücklich vor der Abwanderung aus den Hungergebieten, da die Transportmittel und Wege in schlechtem Zustande seien, und Mensch und Vieh dabei erst recht zugrunde geben müssen. Der Aufruf wendet sich weiter an die Intelligenz und die vernünftige Bourgeoisie und fordert sie auf, durch aktive Mitarbeit bei der Abwehr der Hungerkatastrophe von Rußland behilflich zu sein.

### Die russischen Demokraten rufen zur Hilfeleistung auf

D. C. Paris, 27. Juli.

Der Ausschuß der russischen Konstituante-Mitglieder in Paris hat einen Aufruf erlassen, der die Völker und Regierungen zur Hilfeleistung an die hungerleidende Bevölkerung Rußlands unter Zurückstellung politischer Gesichtspunkte auffordert. Der Aufruf drückt die Ueberzeugung aus, daß die Sowjetregierung in bezug auf die Organisation der Hilfeleistung und die Kontrolle weites Entgegenkommen zeigen werde, und weist die Stimmen zurück, die eine Hilfsaktion von außen beim Bestehen der Sowjetregierung als zwecklos bezeichnen. Nach Ansicht des Ausschusses könnte jedoch ein Rettungswert am besten von den Regierungen der Länder durchgesetzt werden, die dem Bürgerkrieg in Rußland neutral gegenübergestanden haben.

## Die Demokratifizierung der Verwaltung

Die höheren Beamten bilden das Hindernis

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Mit Einführung des parlamentarischen Systems ist notwendigerweise eine allmähliche Politisierung der Beamenschaft in ihren oberen Schichten verbunden und es ist erklärlich, daß die Minister als Vertrauensmänner der politischen Parteien von ihnen zu werdende wichtige Posten in der Regierung solchen Persönlichkeiten übertragen, von denen sie überzeugt sind, daß sie die Verwaltung im Geiste ihrer Grundanschauungen führen werden. Eigentlich ist es auch in Vorkriegszeiten schon immer so gewesen, denn damals war es selbstverständlich, daß jeder höhere Beamte, der auf Beförderung rechnete, konservativ sein mußte. Auch die Uebertragung höherer Ämter an Männer der Praxis kam, wenn auch seltener, damals schon vor.

Nun beklagt sich die traditionell zum Konservatismus und zur Reaktion neigende höhere Beamenschaft, daß die politische Linke, wo sie über die Macht verfügt, in steigendem Maße befreit ist, zuverlässige Männer ihrer Gesinnung in verantwortliche Stellen zu bringen. Dadurch können einzelne höhere Beamte vielleicht gelegentlich in der Beförderung übergegangen werden, aber ihre sichere Staatsstellung wird dadurch in keiner Weise gefährdet. Diese selben Herren aber haben nichts dagegen, sondern finden es durchaus in der Ordnung, wenn irgendwelche Beamte, die sich zum Kommunismus betennen, lediglich wegen ihrer Gesinnung, also ohne sich in ihrer amtlichen Tätigkeit vergangen zu haben, ohne weiteres aus dem Amt entfernt werden.

In Sachsen hat jetzt die Ernennung des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Kessel zum Kreishauptmann von Leipzig einen Sturm im Glase Wasser hervorgerufen, weil die höchsten sächsischen Beamten dadurch eine Beförderungsstelle für sich verlieren. Würde sich ein höherer Verwaltungsbeamter zur unabhängigen Sozialdemokratie bekennen, so wäre dieser Verlust wahrscheinlich nicht eingetreten. Den höheren Beamten mag es schwer werden, sich politisch radikal zu orientieren — nun, dann bleiben sie eben auf ihrem Posten und müssen sich mit der Beförderung eines Außenseiters abfinden. Ein Recht zu klagen haben sie nicht, wenn sie nicht zeitig genug verstanden haben, den Bedürfnissen der Zeit Rechnung zu tragen.

Auch im Reichsdienst und in Preußen scheint es an der Zeit, dem sächsischen Vorgang in größerem Umfange nachzufolgen. Eine ganze Reihe von höheren Beamten, denen das demokratische System in innerer Seele zumider ist, treten immer noch als Unterhändler der Regierung auf, und doch läßt die Erfahrung, daß sie tatsächlich lediglich die Wünsche der Beamten sabotieren und völlig autokratisch in ihrem Ressort oder Referat entscheiden, wie es ihnen paßt. Wenn es irgend angängig ist, suchen sie Verhandlungen auf demokratischer Grundlage überhaupt unmöglich zu machen. Zu jenen höheren Beamten gehören insbesondere Staatssekretär Lewald und Ministerialrat v. Jacobi im Reichsministerium des Innern, wiewohl letzterer mit aller Macht nach dem zu bestehenden Ministerialdirektionsposten strebt. Im Reichsfinanzministerium ist Ministerialrat Kühnemann, im preussischen Finanzministerium Oberregierungsrat Dr. Czuprowski die Seele des Widerstandes gegen jede demokratische Entwicklung. Solange diese Beamten an ihren heutigen verantwortlichen Stellen stehen, ist nicht daran zu denken, daß ein neuer Geist in die Verwaltungen einzieht. Ihnen ist es in erster Linie zu danken, wenn der alte Geist in den Verwaltungen so schnell und so vollständig wiedergekehrt ist.

## Bergwerks-Unfälle und Betriebsräte

Die Unfälle im deutschen Bergbau haben sich von Jahr zu Jahr gesteigert. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jetzt endlich dem weiteren Steigen Einhalt geboten, ja mehr noch, daß sogar eine nicht unbedeutliche Verminderung der Unfallziffern eingetreten ist. Nach der amtlichen Zeitschrift der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Deutsche Reich „Der Kampf“ hat sich die Zahl der Unfälle seit 1917 von 6488 auf 4884 im Jahre 1920 vermindert. Auch die Zahl der tödlichen Unfälle ist in ähnlicher Weise zurückgegangen. Während im Jahre 1913 ihre Ziffer 1474 betrug, sind für das Jahre 1920 etwa 400 weniger, nämlich 1098 gezählt. Das ist um so bemerkenswerter, als die Zahl der im Bergbau Beschäftigten in den gleichen Jahren von 306 700 auf 465 400 gestiegen ist. Verunglückten also im Jahre 1913 von 1000 Beschäftigten 16,4, wovon 3,72 tödlich, so im Jahre 1920 noch 10,5, wovon 2,26 tödlich.

Obwohl die Ziffern der Verunglückten noch erschreckend hoch sind, ist doch der Rückgang beträchtlich. Und worauf ist er zurückzuführen? Etwa auf die größere Einsicht und den gesteigerten Respekt der Grubenunternehmer vor den Unfallverhütungsvorschriften, oder gar auf die große Veranschaulichung von Leben und Gesundheit der Arbeiter? Die letzten Debatten im Reichstag über die furchtbare Grubenkatastrophe auf Zeche Mont Cenis zeigten nicht davon. Wir mühten dabei sogar erleben, daß sogenannte Arbeitervertreter als Abgeordnete kapitalistischer Parteien, wie der deutschnationaler Arbeitersekretär Winnefeld und der zentralistische Gewerkschaftsführer Imbusch die Schuld an der Katastrophe nicht so sehr den Bergbau-Unternehmern als den Arbeitern selbst zuschoben.

Wohl aber darf den Betriebsräten ein gut Teil dieser Besserung zugeschrieben werden. Wären ihre Kompetenzen nicht so schmählich eingeengt, so würden sie noch viel mehr auf diesen Gebieten zu leisten vermögen. Andere Leser erinnern sich, daß selbst der Rechtssozialist Hue im Reichstag nicht umhin konnte, die Betriebsräte als „weiße Salbe“ zu bezeichnen. Wenn sie trotz dem einen solchen Rückgang der Unfallziffern herbeiführen konnten, so ist doch wohl Schlagend genug bewiesen, daß es dringend notwendig ist, ihnen mehr Bewegungsfreiheit zu geben. Gerade die Debatten im Reichstag haben gezeigt, wie mannigfaltig die Widerstände der Unternehmer sowohl wie der Bergbehörden ihnen gegenüber sind. Dem muß ein Ende bereitet werden. Es darf nicht mehr mit dem Leben der Arbeiter gewartet werden. Aufgabe der proletarischen Parteien in den Parlamenten und der Arbeiterorganisationen ist es, für eine Umgestaltung des Betriebsratgesetzes alle Kräfte einzulenken, damit nicht weiterhin Unternehmerrückwärts und Gewinnsucht krampflos über die Leiden von Tausenden von Arbeitern hinwegschreiten können. Was für den Bergbau gilt, gilt auch für eine ganze Reihe anderer Industrien.



Nie wieder Krieg!

Die Berliner Massendemonstration gegen den Kriegswahnsinn am Sonntag, den 31. Juli 1921, vormittags 11 Uhr

Die Gesamtheit aller international gerichteten deutschen politischen Verbände, die ihren entschlossenen Friedenswillen jedem neuen Krieg...

Table with 3 columns: Zug Nr., Weissensee, Königsfor, Abmarsch, etc. listing various locations and times for the demonstration.

Die Angehörigen der übrigen Organisationen schließen sich jeweils den Distrikts-, Abteilungs- bzw. Hauptzügen an.

Die Redner des Tages:

Jakob Altmaier (S. P. D.), Barbanti (R. e. Krifa.), Harter Pleier (Friedensgesellschaft, Ortogruppe), Henning Duderstadt (F. d. K.), Pastor Franke (Friedensgesellschaft), Alfred Freund (U. S. P. D.), Alfred Feigliche (Arbeiterjugend), H. Haenschler (S. P. D.), Karl Hallner (Sonditalisten), Gukas Heller (S. P. D.), H. Heppenheimer (F. d. K.), Franz Künstler (U. S. P. D.), Karl Reid (U. S. P. D.), Ludwig Reichsband (U. S. P. D.), Otto Weiler (U. S. P. D.), Hym. a. D. Willi Wener (F. d. K.), Dr. Julius Wofes (U. S. P. D.), Dr. Dikowski (S. P. D.), Emil Rabold (U. S. P. D.), Franz Riefstahl (R. F. V.), Rudolf Rodler (Sonditalisten), Wilhelm Siering (S. P. D.), Karl Vetter (Aktionsausschuss), Heinrich Vierbänder (S. P. D.), Dr. Hermin T. Wegner (F. d. K.), Alfons Wolff (Reichsbund), Otto Zlotz (Gewerkschaftskommission Groß-Berlin).

Die Demonstrationen sollen zeigen, auf welcher Seite die Massen stehen: auf der Seite derer, die am 31. Juli den Willen zum Frieden dartun...

Ruh durch Massenbeteiligung an dem Meeting des kommenden Sonntags die Welt nicht im Zweifel, dass ihr, Vorkämpfer des Dauerfriedens und der Menschheitsverbündung...

Aktionsausschuss „Nie wieder Krieg“

Der Aufmarschplan für die Kundgebung im Lustgarten, auf dem Schlossplatz und am Marstall: Beginn: pünktlich 11 Uhr vormittags.

Die Angehörigen der U. S. P. D. und der S. P. D. treffen sich jeweils in den bekannten Distrikts-, bzw. Abteilungslokalen und marschieren geschlossen zum nächstliegenden Hauptversammlungsplatz.

Tagung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

„Wahrer Pazifismus kann nur entstehen durch eine Elementarbewegung der Frauen und Mütter.“ Es wäre zuviel gesagt, wollte man die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit schon als eine solche, alles fortreibende, Elementarbewegung bezeichnen...

„In der Erkenntnis, dass der Streik der Frauen gegen den Krieg nur wirksam sein kann, wenn international durchgeführt, erstrebt die Internationale Frauenliga die Landesbewegung dahin zu wirken, dass ein internationales Uebereinkommen der Frauen zustande komme, welches jede Kriegsunterstützung, sei es durch Arbeit, Geld oder Propaganda, verweigert.“

Er erklärt in weiterer Verfolgung dieses Zieles: „Alle Sektionen sind einig in der Notwendigkeit des individuellen Widerstandes gegen den Krieg...“

Freiheit nur um so größere wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeuten würde, ohne sich doch zur Forderung der freien Schule in der klassenlosen Gesellschaft entschließen zu können. Höchst interessant war der Bericht, den Catherine Marshall über die Arbeit der Liga während der Tagung des Völkerbundes in Genf gab...

Erwähnt sei hier auch der Bericht von Frau Ramont-Hollander über die dortigen beiden Gruppen der Antimilitaristen, eine mehr revolutionär-proletarische, das Antimilitaristische Bureau und die mehr religiös orientierte „Paco“-Bewegung in Wilkoben...

Die Holländerin Klette Jacobs forderte Revision der Friedensverträge, da vorher ein wahrer Friede nicht möglich sei. Die irische Frage wurde behandelt und in einer besonderen Versammlung die Frage der nationalen Minoritäten, wobei es gelang — heute eine unendlich schwere Aufgabe — eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen herbeizuführen...

Bei der Behandlung der Frage: Krieg, Frieden und Frauen spürte man wirklich etwas von jenem revolutionären Geist, der dann zum Gelbsein der Verweigerung jeder Hilfe am Krieg führte. Es war doch ergreifend, als die Italienerin Frau Genoni, alle die in italienischer Kriegsgefangenschaft gewesen und dort gelitten, im Namen ihres Volkes um Verzeihung bat und auf den Nichtwiderstand der italienischen Sozialisten gegenüber den Faschisten hinwies...

Von den Wiener Sozialdemokraten war im Bezirk Ottakring eine Versammlung einberufen, in der ausländische Genossinnen sprachen: Mme. Degardin aus Belgien, über die wir bereits berichteten, Frau Lindhagen aus Stockholm, die die unbefugte österreichische Resolution als vorbildlich selbste, und die Schreiberin dieser Zeilen, die es als besondere Frauenaufgabe in Deutschland bezeichnete...

Zum Schluss sprach Miss Ford von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die von ihren Kämpfen für die Friedenssache zu erzählen wusste und betonte, wie gerade der Friede dem Siegerland England und der englischen Arbeiterkraft immer neue Not und Entbehrungen auferlege. Trotz dieser Entbehrungen hat die englische unabhängige Arbeiterpartei (neben ihrer Hilfsaktion für österreichische Kinder) zwei junge Genossinnen aus ihren Mitteln zu dieser Tagung geschickt...

Nicht unerwähnt soll zum Schluss bleiben, daß der deutsche Reichslandrat Dr. Wirth ein ausführliches Begrüßungsgramm geschickt hatte. — So ist vielleicht zu hoffen, daß auch in Deutschland endlich eine Ära der internationalen Verbündung und Verständigung beginnt.

London, 24. Juli 1921.

Internationaler Arbeiterschut

Durchführung der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz, durch den Friedensvertrag ins Leben gerufen, hat bekanntlich im Herbst 1919 Konventionen und fünf Anregungen für die an der Konferenz teilnehmenden Staaten ausgearbeitet...

Die sechs Konventionen betreffen: 1. den Achtstundentag und die Achtstundenzwölftagendenote; 2. den Wöchnerinnenschutz (Wöchnerinnen dürfen sechs Wochen vor und nach der Entbindung nicht arbeiten); 3. und 4. Schutz der Kinder und Jugendlichen (Festsetzung eines Mindestalters für die Zulassung der Kinder zu gewerblicher Arbeit; Verbot der Nachtarbeit der Kinder unter 18 Jahren); 5. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit...

Man kann wohl feststellen, daß die einzelnen Staaten sich nicht sehr angestrengt haben, die Konventionen so bald als möglich zu ratifizieren (gutzuheißen). Der erwähnte Bericht teilt die Staaten mit Hinsicht auf ihr diesbezügliches Verhalten in fünf Gruppen: 1. die, welche alle Konventionen bereits angenommen haben; 2. Staaten, welche eine oder mehrere Konventionen angenommen haben; hierzu gehören Belgien, Frankreich, England, die Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei; 3. Staaten, welche entsprechende Gesetzesentwürfe dem Parlament bereits unterbreitet haben; wie Deutschland, Argentinien, Österreich, Chile, Dänemark, Finnland, Indien, Italien, Norwegen, Neuseeland, Rumänien, Siam; 4. Staaten, deren Regierungen die Gesetzesentwürfe bereits ausgearbeitet haben; Japan, Luxemburg, Polen; 5. Staaten, die noch bei dem Studium der Angelegenheiten halten: Südafrika, Australien, Kanada, Nicaragua, Panama, Holland, Jugoslawien, Salvador, Venezuela, Schweden...

Die Tragweite der Annahme oder Verwerfung der erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen ließe sich nur durch die Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung des betreffenden Landes feststellen. In vielen Staaten sind gleiche oder ähnliche sozialpolitische Maßnahmen bereits durchgeführt, wodurch die Washingtoner Beschlüsse teilweise oder ganz gegenstandslos geworden sind. So ist z. B. die wichtigste Konvention der Washingtoner Konferenz, betreffend den Achtstundentag, in England, wenn auch nicht durch Gesetz, sondern in der Praxis bereits durchgeführt, und das Hindernis für die Annahme der Washingtoner Konvention war die Frage, ob der Achtstundentag auch auf die Handlungsgehilfen und Seeleute ausgedehnt werden sollte.

Die Staaten berufen sich oft auf verschiedene Schwierigkeiten. In England stehen der Ratifizierung verfassungsmäßige Bedenken im Wege. Die schweizerische Regierung verhält sich im allgemeinen ablehnend, besonders gegenüber der Einführung des Achtstundentages und der Anregung im Interesse des Wöchnerinnenschutzes. Bezüglich der ersteren will sie ein anderes Gesetz dem Parlament vorlegen, welches, den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe Rechnung trägt. Die Annahme des letzteren liegt auf finanzieller Schwierigkeit. Die australische Regierung offenbart verfassungsmäßige Bedenken gegen die Konventionen und behauptet, daß die einzelnen Teilstaaten der australischen Republik die Konventionen nur als Anregungen betrachten können. Japan hat Bedenken gegen die Annahme der Konventionen und Anregungen, solange die Vereinigten Staaten und China eine ähnliche Gesetzgebung nicht einführen.

Die schwedische Regierung verweigert die Annahme der Konvention über den Achtstundentag, da sie das Gesetz von 1919 über die Arbeitszeit nicht unter Revision nehmen wollte. Die tschechoslowakische Regierung gedenkt die Konvention bezüglich der Nachtarbeit der Kinder in der Email- und Porzellanindustrie nur für den Fall anzunehmen, wenn die übrigen Staaten das bereits getan haben. Auch will sie für den Fall der Annahme der Konvention die Ermächtigung haben, diese für den Kohlenbergbau nicht in Anwendung zu bringen. In Dänemark protestieren die Arbeitgeber gegen die Aufgabe der privaten Stellenvermittlungsinstitute, besonders in der Landwirtschaft. So schlägt die Regierung die Beibehaltung derselben vor, jedoch unter staatlicher Kontrolle. Gegen die Errichtung staatlicher Gesundheitsämter haben verschiedene Staaten aus finanziellen Rücksichten Bedenken. — Die indische Regierung erklärt die Annahme der Konventionen und Anregungen „insfern solche für Indien

überhaupt angewendet werden können". Einige Staaten, welche kurz vor der Washingtoner Konferenz die betreffenden Fragen gesehlich geregelt haben, äußern Bedenken gegen eine Neuregelung binnen lo kurzer Zeit.

Der allgemeine Ueberblick über die Durchführung der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz ist also nicht sehr erfreulich. Der Rückschlag auf politischem Gebiet, eine Schwächung des Einflusses der Arbeiterschaft infolge der Wirtschaftskrise ist bei der Behandlung dieser Probleme kaum zu erkennen. Es fehlt eben der nötige Druck der Arbeiterklassen und darum pfeifen die Regierungen auf den Völkern und keine Einrichtungen. Wie wir indes hören, legt das Sekretariat des Internationalen Arbeitsamts seine Bemühungen um die Durchsetzung der Ratifizierung unverdrossen fort, und die Aussichten, daß diese Råde in einigen wichtigen Staaten Erfolg haben wird, sollen sich in jüngster Zeit ein wenig gebessert haben.

### Ein Hilferuf für die Taubstummen

Alle die unglücklichen Menschen, die als Opfer des imperialistischen Weltkrieges, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit oder durch sonstige Gebrechen nicht im vollen Besitze ihrer Arbeitskraft sind, führen trotz der „Unterstützungen“, die Reich, Staat und Gemeinden gewähren, ein kümmerliches Dasein.

Zahlreich sind die Versprechungen, die man diesen bedauernswerten Menschen gemacht hat. Sobald aber eine wirkliche Hilfsaktion einsehen soll, wird die schlechte Finanzlage des Reiches in den Vordergrund geschoben, und es bleibt alles beim alten. Mögen Kriegskrüppel und Arbeitsinvaliden im Interesse des „dankbaren Vaterlandes“ hungern und Not leiden, wenn nur die „unentbehrliche“ Reichswehr in dem Deutschland des Massenkriegs und der Arbeitslosigkeit ihre Milliarden erhält. Hat die Fürsorge für die Kriegsverstümmelten, Kriegshinterbliebenen und Arbeitsinvaliden auch nur eine ungenügende reichsgeheiligte Regelung erfahren, so sind doch von allen Beschädigten unsere taubstummen Mitmenschen in der verzweifeltsten Lage.

Alle Hilfe ging in erster Linie von privaten Organisationen aus. Erst später kamen die einzelnen Gemeinden und nahmen sich der Taubstummen durch Schaffung von Sprachschulen usw. an. Trostlos ist die Lage der Taubstummen vor allem auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Die Unternehmer sehen in dem Gebrechen eine Beeinträchtigung der Leistungen der taubstummen Arbeiter. Die Folge ist, daß die Taubstummen nicht selten eine Arbeitslosigkeit nicht nur von Wochen, sondern Monaten und Jahren ertragen müssen. So erwiderte auf eine Eingabe die Deputation für Arbeit und Gewerbe in einem Schreiben an den Taubstummen-Parteibund u. a. folgendes:

„Daß sich bei der Arbeitsunterbringung der Taubstummen außerordentliche Schwierigkeiten ergeben, ist selbstverständlich. Zu einem Eingreifen unsererseits liegt bei dieser Sachlage z. Zt. nicht der mindeste Anlaß vor. Wir weisen im übrigen darauf hin, daß bei der Organisation des gesamten Wohlfahrtswesens für Groß-Berlin auch das Taubstummenwesen mit erfaßt werden soll.“

Bei taubstummen Arbeitern ist nicht selten eine ein- bis einundehalbjährige Erwerbslosigkeit vorhanden. Die Arbeitsnachweise für Taubstumme werden von Handel und Industrie gemieden. Bei der Firma Schwarzkopf-Wildau hängt im Arbeitsannahmeraum ein Plakat, welches besagt, daß Taubstumme, Kurzsichtige und Krüppel nicht eingestellt werden können. Auf Einspruch des Arbeiterrates mußte das Plakat entfernt werden. So lassen sich noch viele Beispiele anführen.

Aus dieser Notlage heraus sah sich der Taubstummen-Partei-Bund gezwungen, in einer Eingabe vom 20. Dezember 1920 an den Reichsarbeitsminister auf die trostlose Lage der Taubstummen wie auch auf das unsoziale Verhalten der Unternehmer hinzuweisen. Um diesen Uebelständen wirksam entgegenzutreten zu können, wird von den Taubstummen der Einstellungs-zwang gefordert, wie er bereits zugunsten der Schwerkranken, Beschädigten und der heimgekehrten Kriegsteilnehmer, wie auch der Zivilinternierten besteht. Das Reichsarbeitsministerium äußerte sich unter dem 16. Februar 1921 zu diesen Forderungen wie folgt:

„Ich verkenne nicht, daß bei dem gegenwärtigen Ueberangebot von Arbeitskräften die Lage der Taubstummen bei der Arbeitsvermittlung besonders ungünstig ist. Trotzdem muß ich zu meinem Bedauern davon absehen, Ihrer Anregung, die mir durch den preussischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe vorgelegt worden ist, Folge zu geben. Bei der gegenwärtigen Lage ist es ohne schwere Gefahren für das Wirtschaftsleben nicht möglich, den Einstellungs-zwang, der bereits zugunsten der Schwerbeschädigten und der heimgekehrten Kriegsteilnehmer und der Zivilinternierten besteht, auch auf andere Personengruppen auszudehnen, zumal da eine Vorzugsbehandlung der Taubstummen nicht ohne Grund auch von andern Personen in Anspruch genommen werden würde, die ebenfalls im vollen Gebrauch ihrer Sinne behindert sind. Soweit taubstumme Arbeitnehmer als Schwererwerbsbeschränkte im Sinne des § 7 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 anzusehen sind, ist ihnen ohnehin eine Vorzugsstellung gegenüber anderen Arbeitern eingeräumt.“

Durch diesen nichtsagenden Bescheid sind die Taubstummen nach wie vor hilflos ihrem traurigen Schicksal überantwortet. In Deutschland haben wir rund 70 000 taubstumme Männer, Frauen und Kinder. Sie alle sind zum Teil demselben Elend ausgesetzt, wenn das Reich sich nicht endlich seiner Pflicht auch diesen unglücklichen Menschen gegenüber erinnert. Die Aufgabe unserer Fraktion muß es sein, bei Beginn der Etatsberatungen dafür zu sorgen, daß im Etat des Reichs-Arbeitsministeriums den Taubstummen dieselbe Berücksichtigung gewährleistet wird, wie den anderen unglücklichen Menschen, die durch diesen oder jenen Unglücksfall in ihrer vollen Erwerbsfähigkeit behindert sind. An die Arbeiter sei der Appell gerichtet, daß sie die Taubstummen in ihrem schweren Existenzkampf zu unterstützen haben. Niemand dürfen sich Arbeiter oder Betriebsräte dazu hergeben, daß unter nichtigen Gründen der Betriebsrat seine Zustimmung gibt zur Entlassung von taubstummen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Franz Künstler.

### Die englischen Baugilden

Schw. Der Gedanke des Gildensozialismus, den sich der ausschlaggebende Teil der englischen Arbeiterschaft zu eigen gemacht hat, ist in England, wie wir seinerzeit berichtet haben, zunächst auf dem Gebiete des Bauwesens in die Tat umgesetzt worden, indem örtlich abgegrenzte Baugilden ins Leben traten, um sich — in freiem Wettbewerb mit dem privaten Unternehmertum — auf dem Bauplätze zu betätigen.

Diese Baugilden, deren es eine ganze Anzahl gibt, stellen einen ganz neuen Typus der Industrieorganisation dar. Sie vereinigen in sich alle im Bauloch wirkenden Hand- und Kopfarbeiter unter Ausschluß aller parasitären Elemente. Aber nicht nur die individuellen Repräsentanten des Profitsystems finden keinen Raum im Rahmen der Gilden, sondern es

ist auch das diesem System zugrunde liegende erwerbswirtschaftliche Prinzip verbannt, d. h. die Baugilde geht nicht darauf aus, Ueberschüsse zu erzielen, sondern begnügt sich damit, ihre Selbstkosten zu decken. Es liegt im Wesen der Sache, daß diese nicht unwesentlich höher sind als diejenigen des Privatunternehmertums, da nicht nur jede Art von Lohnrückerei verpönt ist, sondern auch die Gesamtheit aller sonstigen Arbeitsbedingungen unergleichlich günstiger ist als im Dienst des privaten Baukapitals.

Trotz der hohen Selbstkosten arbeiten die Baugilden ganz erheblich billiger und dabei nicht schlechter, sondern im Gegenteil, bedeutend besser als die mit ihnen konkurrierenden Privatbetriebe. Die „Daily News“, ein zwar anständiges, aber immerhin bürgerliches, also nicht sozialistisches Blatt, das gar kein Interesse daran hat, die Bestrebungen der Gilden zu propagieren, soll ihnen auf Grund von detaillierten Spezialerhebungen uneingeschränktes Lob. Die Qualität der Gildenarbeit wird hier als weit über dem Durchschnitt stehend bezeichnet, die Arbeitsleistung jedes einzelnen sei mindestens 25 Prozent höher als sonst und müsse den größten Skeptiker überzeugen. Ähnlich wiegigen Gewerbeinspektoren und andere Verwaltungsorgane. Der englische Gesundheitsminister hat erst kürzlich im Unterhaus mit uneingeschränkter Anerkennung der vorbildlichen Leistungen der Baugilden geredet.

Was die Konkurrenzfähigkeit der Baugilden betrifft, so geht sie aus den folgenden Ziffern auf das Schlagendste hervor: In der Nähe von Doncaster errichtete eine Baugilde 77 Häuser zu einem Endpreise, der um 15 000 Pfund niedriger war als das Angebot einer privaten Baufirma. In einem anderen Falle war der Kostenvoranschlag der Gilde um nicht weniger als 26 000 Pfund billiger als der des konkurrierenden Unternehmers. (Die Endkosten blieben hinter dem Voranschlag zurück!) Welch ungeheure Summen erspart werden können, wenn auch die Hilfsgewerbe des Bauwesens, die verschiedenen Industrien der Baustoffe und nicht zuletzt die Produktion von Kohle, Eisen und Stahl gildemäßig organisiert wären, liegt auf der Hand.

Es wird Sache der deutschen Bauhüttenbewegung sein, aus dem Beispiel und den Erfolgen der englischen Bauarbeiter zu lernen. Der Gildengedanke ist aber darüber hinaus von der größten Wichtigkeit für das vielgestaltige Gebiet der Sozialisierung. Die jungen Baugilden der englischen Arbeiter und angehenden — sie bestehen jetzt knapp ein Jahr — beweisen, daß erfolgreiche Teilssozialisierungen sehr wohl möglich sind, wenn sie rational und zielbewußt vor sich gehen.

### Rheuma, Gicht, Nervenschmerzen u. dgl.

„Zühtlich nach Einnahme von 2 Logal-Tabletten wie neugeboren!“

Herr Johann Klotz, Ratibor, bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: „Ich bestätige, daß Logal-Tabletten die schnellsten Wirkungen bei Rückenmarksverletzung, schrecklichen Nervenleiden, Lähmung, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit leisten. Ich leide seit 10 Jahren an obigen Krankheiten. Erst nach 6 Jahren erfuhr ich von meinen mitleidenden Menschen die Wirkung des Logal. Ich besorgte mir gleich Ihre wertvollen Tabletten, und nach Einnahme von 2 Tabletten war ich wie neugeboren. Schmerzen sowie Krämpfe verschwanden so, als wenn man einen Stein ins Wasser geschmissen hätte. Ich habe auch vielen meiner Mitleidenden Ihr wertvolles Logal empfohlen und auch gute Wirkungen erreicht.“ Dieses Mittel ist eines von den vielen Dankschreibern über die hervorragende Wirkung des Logal bei Rheumatismus, Ischias, Gelenkschmerz, Gicht, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern sowie bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen. Herzlich glänzend begutachtet! In allen Apotheken erhältlich.

# Stiilller

## S A I S O N

# Ausverkauf

- Damen-Leinenschuhe** weiss, mit Spange, mit kräftiger Ledersohle. Extra billig 38<sup>00</sup>
- Damen-Leinenschuhe** weiss, zum Schnüren, mit Lederabsätzen und kräftigen Ledersohlen. Extra billig 48<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** samt und Rippenstoff, Spange u. Pumpe, div. Sorten Leder, Schnür- u. Spangenschuhe. Extra billig 58<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** schwarz, in div. Ledersorten, zum Schnüren und mit Spange, besonders preiswert Durchweg 88<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** schwarz u. braun, u. Schnür, u. m. Spange, samt schwarz und farbige Wildleder- und Lackartikel 98<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** u. Schnüren u. mit Spange, feinstes Fohlenleder, kurze, mod. Form, gutes Fabrikat. Extra billig 98<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** echt Chevrrean und Boxkalf, auch mit Lackschwarz, mit Leder- und Stoffeinsätzen. Durchweg 98<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** echt Boxkalf, echt Chevr., Rindbox u. R.-Chevr., mit u. ohne Lack, u. T. Hochschaff, mod. Formen 98<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** echt braun Chevr., u. Mastbox, u. Schnüren u. mit Spange, prima Qual., best. Fabrikat. Extra billig 118<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** zum Schnüren u. mit Spange, braun echt Chevr., mod. kurze Form, bestes Fabr. Extra billig 128<sup>00</sup>

- Damen-Halbschuhe** zum Schnüren, braun Kalbl., kurze mod. Form, bestes Fabr., Orig. Goody.-Welt. Extra billig 128<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** schwarz Chevr., u. Boxk., zum Schnüren u. mit Spange, mod. Form, gutes Fabr. Extra billig 128<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** Oxford, modern, Laschenschuh, braun u. schwarz, Chevr., braun Boxk., Goody.-Welt. Extra billig 128<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** Steg-Spangenschuh, hochbeleg., braun echt Chevr., mod. Form, Goody.-Welt. Extra billig 138<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** Boxk., Derby-schnitt, Orig.-Goody.-Welt-Ausführ., stark. Kernledersohl., Schweizer Fabr. 128<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** echt Chevrrean u. Boxk., auch m. Lackbes. u. Stoffeins., vielseitige Ausführungen. Durchweg 128<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** echt braun Chevr., u. Boxk., u. Schnüren, u. Spange, Pumpe, mod. Steg-Spangenschuh-Goodyear-Welt 148<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** zum Schnüren, braun echt Chevrrean, helle u. dunkle Farben, neue Formen, erstkl. Fabr. 148<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** zum Schnüren, braun echt Boxkalf, helle u. dunkle Farben, kurze mod. Form. Extra billig 148<sup>00</sup>
- Braune Damen-Pumps** echt Chevr., u. Boxk., vorzügliche Qualität u. Ausführung, erstkl. Fabrikate. Extra billig 148<sup>00</sup>

- Damen-Halbschuhe** mit Spange, br. echt Boxkalf u. Chevr., eleg. Strassenschuh, kurze mod. Form. Extra billig 148<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** schwarz echt Chevr. u. Boxk., u. Schnür, u. Spange, mit u. ohne Lack, erstkl. Fabrikate 148<sup>00</sup>
- Damen-Lackschuhe** zum Schnüren u. mit Spange, in sehr eleganter Ausführung, moderne Formen. Durchweg 148<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** mit Lackbesatz, Stoff- und Lederinsätzen, Hochschaff. Extra billig 148<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** zum Schnüren, braun echt Chevrrean und braun Box, vorzügliche Qualität. Extra billig 158<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** u. Schnüren, braun echt Chevr., mod. kurze Form, vorzögl. Qualität, empfehlenswert. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** u. Schnüren, braun echt Boxkalf, kurze mod. Form, erstkl. Fabrikat, empfehlenswert. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Damen-Lack-Oxford** mod. Laschenschuh, mod. spitze Form, Goodyear-Welt, bestes Fabrikat. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Damen-Lack-Pumps** eleg. Strassenschuh, eleg. mod. Form, mit hohem Absatz, erstklassig Fabrikat. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Braune Damen-Pumps** Chevrrean u. Boxkalf, mod. Strassenschuh, Goodyear-Welt, gute Qualitätsware. Extra billig 168<sup>00</sup>

- Damen-Spangenschuh** braun echt Chevr., mod. spitze Form, eleg. Strassenschuh, vorzögl. Qualität. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Damen-Lackschuhe** u. Schnüren, scharf spitze neue Form, hochbelegant, vorzügliche Qualität. Extra billig 168<sup>00</sup>
- Damen-Halbschuhe** u. Schnüren, braun echt Chevr., u. Boxk., Goody.-Welt, das Beste vom Besten, erstkl. Fabrikate 188<sup>00</sup>
- Damen-Lackschuhe** u. Schnüren u. mit Spange, in hochbeleg. Ausführung, zum Teil mit L.XV.-Absätzen, neueste Form 188<sup>00</sup>
- Damen-Schnürstiefel** braun echt Boxkalf, Hochschaff, echt gedopp., mod. Form, sehr beachtenswert. Extra billig 188<sup>00</sup>
- Herrn-Schnürstiefel** Rindbox und R.-Chevrrean, mit Derby u. Besatzschnitt, nicht alle Größen vorräthig, Durchweg 98<sup>00</sup>
- Herrn-Schnürstiefel** verschiedene Oberledersorten, gute Fabrikate, beste Ausführung, unsortiert. Extra billig 128<sup>00</sup>
- Herrn-Schnürstiefel** verschiedene Oberledersorten, darunter auch Lackleder, gute Fabr., unsortiert. Extra billig 148<sup>00</sup>
- Herrn-Lackstiefel** mit Leder- und Stoffeinsätzen, verschiedene Fabrikate, unsortiert. Durchweg 188<sup>00</sup>
- Herrn-Lackstiefel** braun echt Boxk. u. Rindbox, echt gedoppelt, moderne Formen, allerbeste Fabr. Extra billig 188<sup>00</sup>



Kinderstiefel sind ebenfalls ganz gewaltig herabgesetzt, jedoch ist es uns wegen Raum-mangels nicht möglich, diese Artikel im Inserat besonders zu erwähnen.

# Unvergleichlich billig

Groß-Berlin

Der wahre Jesus Sirach

Die „Kreuzzeitung“ hat dieser Tage die Dreistigkeit befehlen, den alttestamentlichen Propheten Jesus Sirach dafür zu zitieren, daß die Arbeiter nicht für die Beteiligung am öffentlichen Leben geeignet seien und die Führung der Regierungsgeschäfte einer berufsmäßig regierenden bevorzugten Klasse überlassen müßten.

Liebes Kind, laß den Armen nicht Rot leiden und sei nicht hart gegen den Dürftigen. Berichte den Hungerigen nicht und betrübe den Dürftigen nicht in seiner Armut. Einem betrübten Herzen mache nicht mehr Leid und verweigere die Gabe dem Dürftigen nicht.

Errette den, dem Gewalt geschieht, von dem, der ihm Gewalt tut, und sei unerschrocken, wenn du urteilen sollst.

Beuge dich nicht auf deinen Reichtum und denke nicht: Ich habe genug für mich.

Dränge dich nicht in Ämter vor Gott und ringe nicht nach Gewalt beim Könige.

Einem treuen Knecht und fleißigen Arbeiter halte nicht übel.

Es ist ein gefährliches Ding in einem Regiment um einen Schwärmer und ein jäher Wächter wird zushanden.

Um Gewalt, Unrecht und Geiz wollen kommt ein Königreich von einem Volk auf das andere.

Was erhebet sich die arme Erde und Ache, ist er doch ein eitel schändlicher Kot, weil er noch lobt.

Wäre es nicht ganz am Platze gewesen, Wilhelm dem Letzten einmal den Jesus Sirach als Lektüre zu empfehlen?

Wie doch angreift, der beschuldigt sich damit, und wer sich selbst zum Hofämtlichen, der lernt Hofart.

Wie die Hände sich heilen, so heilt auch der Reiche mit dem Armen.

Wie der Löwe das Wild frisst in der Feide, so frissen die Reichen die Armen.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

Wie dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund.

lungen natürlich nicht frischhaltig waren, wird jedem bei der bekannten Verminderung der Heeresstärke einleuchten.

Geräumt müßte aber die Schule werden, wollte man nicht noch weiter dieses Leben lange Jahre währende Schulleidn verhängen. Ein Rat im Reichswirtschaftsministerium wird sicherlich beständigen, daß nur politische Gründe für die Ablehnung maßgebend waren.

In den Baracken Wictestr. 5-6 hatte sich seit Jahresfrist die Steuerklasse Noabits recht wohnlich eingerichtet. Etwa 18 geräumige, 20-40 Quadratmeter große Büroaräume standen der Steuerklasse dienstlich zur Verfügung, und waren auch nicht mehr Beamte dort beschäftigt, als Zimmer vorhanden waren.

Wie sieht es dagegen in den der Steuerklasse verbliebenen Nebenräumen aus? Trotz der Raumbeschränkung der Steuerklasse haben die noch verbliebenen Beamten (höchstens 15) soviel Platz, daß in einzelnen Zimmern nach wie vor ein Beamter seinen Dienst verrichtet.

Aus dem Gerichtssaal

Die 72jährige als Einbrecherin. Von besonderem Mut und Geistesgegenwart zeugte die Tat der 72jährigen Rentempflügerin Alwine Rimpisch, welche als Zeugin in einer Verhandlung gegen den Gelegenheitsarbeiter Max Scherwind vor der Ferienkammer erscheinen mußte.

Berunglücker Postraub. Die Arbeiter Albert Brandenburg und Carl Müller hatten sich einen feinen Plan ausgedacht, um durch Verabreichung eines Postwagens zu Geld zu kommen.

Erhöhung der Unkostenbeihilfe an die Gewerkschaften. Den Gewerkschaften wurden bisher 2 1/2 Prozent der von ihnen ausgeschickten Unterstützungsummen der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge als Entschädigung für die ihnen entstehenden Unkosten gewährt.

Einen schmerzlichen Verlust erlitten die Genossen der 19. Abteilung in Lichtenberg durch den Tod der Genossin Marie Böyer, Frankfurter Allee 214, welche am 4. Juli im Lichtenberger Krankenhaus an den Folgen einer Operation verstarb.

Prokuriarierentscheid. In der Woche vom 25.-31. Juli darf Brot und Mehl nur auf die Prokurie abgegeben und entnommen werden, deren Schlüssel das Stichwort „Nähmaschine Singer“ tragen.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend, Zentrale C 2, Breite Straße 80. Sonntag, den 21. Juli: Teilnahme an der Demonstration „Wie wieder Krieg“.

Arbeitertport

Marxistische Spielvereinigung. Auf dem Sportplatz, Reichsallee, Reichsallee-Straße am Herderpark, trifft am heutigen Sonntag die Fußballabteilung der Freien Turner-Vereinigung mit dem diesjährigen Berliner Fußballmeister H. C. C. Ködder.

Parteienveranstaltungen

1. Dillitz (Berlin-Mitte). Mittwoch, den 27. Juli, abends 7 Uhr, bei R.Mer, Dillitzer Straße 24, Mitgliederversammlung.

17. Verwaltungsbereich, 2. Untergruppe. Abends 7 Uhr Kommanale Kommission bei Seipke, Kronprinzstraße 47.

Dienstag, 26. Juli

17. Verwaltungsbereich, 2. Untergruppe. Abends 7 Uhr Kommanale Kommission bei Seipke, Kronprinzstraße 47.

Bereinskalender

Montag, 25. Juli. Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr Branchenversammlung der Schuhmacher bei Weite, Schönhaufen 20.

